

## Singapur: Erzbischof will Gefängnisstrafe für Homosexuelle

**Schwule in Singapur stehen wegen eines britischen Kolonialgesetzes mit einem Fuss im Gefängnis – Erzbischof William Goh setzt sich dafür ein, dass sich daran nichts ändert.**



Der Erzbischof von Singapur hat sich in einem am Dienstag veröffentlichten Hirtenbrief dafür ausgesprochen, das Verbot von gleichgeschlechtlichen Handlungen unter erwachsenen Männern im Stadtstaat beizubehalten. William Goh, der seit 2012 das Bistum in Singapur anführt, warnte davor, dass die Legalisierung von Homosexualität negative Folgen auf die Gesellschaft haben werde. Derzeit stehen laut Paragraph 377a auf homosexuelle Handlungen "in der Öffentlichkeit oder im privaten Bereich" bis zu zwei Jahre Haft.

"Wenn homosexuelle Handlungen als gesellschaftliche Norm akzeptiert werden, wird das schreckliche Konsequenzen auf die Stabilität unserer Familien sowie auf das Wohlergehen unserer Kinder haben und die Risiken für das Allgemeinwohl werden langfristig und unumkehrbar sein", erklärte der Bischof. "Als Oberhirte dieses Erzbistums rufe ich daher alle Katholiken auf, eine verantwortungsbewusste Entscheidung zu treffen und die Abschaffung dieses Gesetzes abzulehnen, um die Zukunft unserer Familien, der Menschheit und der Gesellschaft zu sichern", so Goh. "Wenn wir die schrecklichen Konsequenzen in Ländern betrachten, in denen gleichgeschlechtliche Beziehungen normalisiert wurden, sollten wir nicht diese Fehler wiederholen."

### **Warnung des Bischofs: Wenn homophobes Gesetz fällt, werden Homo-Gegner verfolgt**

Zwar habe er Mitgefühl für homosexuelle Christen, "die Gott aufrichtig lieben", so Goh. Sie sollten mit "Würde und Respekt" behandelt werden. Dennoch sei er für die Beibehaltung von Paragraph 377a, weil die Abschaffung unweigerlich dazu führen werde, dass die Ehe für Schwule und Lesben geöffnet wird. Am Ende würden diejenigen, die sich gegen "gleichgeschlechtliche Beziehungen" aussprechen, staatlich verfolgt werden, so seine Prophezeiung.

Goh verweist in seiner Argumentation auf die Ablehnung einer französischen UN-Initiative durch den Vatikan im Jahr 2008, wonach Todes- und Gefängnisstrafen gegen Homosexuelle weltweit abgeschafft werden sollten. Kurze Zeit später erklärte der Vatikan allerdings nach scharfer Kritik, dass man sich dagegen wende, "Homosexualität als Straftat zu definieren". Auch auf dieses Statement wies Goh hin und erklärte, die Kirche wandle in der Homo-Frage auf einem "schmalen Grad".

Der Paragraph 377a geht noch auf die britischen Kolonialherren zurück, die das Land bis 1963 regierten. In den letzten Jahren gab es bereits mehrfach Debatten über die Abschaffung des archaischen Gesetzes. Zwar wurden zuletzt keine Gefängnisstrafen für Homosexuelle mehr ausgesprochen, das Gesetz wird aber nach wie vor angewandt, um die Sichtbarkeit von Homosexuellen einzuschränken und Diskriminierung zu rechtfertigen.

Die katholische Kirche hat in Ländern, die Homosexuelle verfolgen lassen, keine einheitliche Linie: In Indien kritisierte der Chef der nationalen Bischofskonferenz etwa in der Vergangenheit, dass das inzwischen abgeschaffte Homo-Verbot eine "ungerechtfertigte Diskriminierung" darstelle. Insbesondere in afrikanischen Ländern betreibt die Kirche allerdings Lobby-Arbeit, damit Homosexualität eine Straftat bleibt. So erklärte die katholische Bischofskonferenz von Nigera, dass die 2014 beschlossene verschärfte Verfolgung von Schwulen und Lesben im einwohnerstärksten Land Afrikas ein "richtiger Schritt in die richtige Richtung" sei, um die "Würde des Menschen" zu schützen. In Nigeria steht etwa auf einen gleichgeschlechtlichen Kuss eine Haftstrafe in Höhe von zehn Jahren.